

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden undächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Brot und Fett" für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 35 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 35 281. Geschäftszeit: von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamenzeile 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 207

Dresden, Donnerstag den 4. September 1924

35. Jahrg.

## Die Einladung an Deutschland

Macdonald fordert Deutschlands Beitritt zum Völkerbund

SPD, Gené, 4. September. (Eigener Draht.)

Heute vormittag 11 Uhr wurde die Generaldebatte über die Abrüstung mit einer politisch hochbedeutenden Rede Macdonalds eröffnet. Das Haus ist überfüllt. Macdonald wurde schon bei Betreten des Saales mit einem Peitschensturm überschüttet. Der Redner begann mit einem Referat zu der Idee des Völkerbundes, der Europa vereinen wird. Aber der Völkerbund muß alle Nationen umfassen. Deutschland darf nicht länger dem Völkerbund fernbleiben (stürmischer, wiederholter Beifall). Herrriot flüchtet unanständig bei diesem letzten Satz in die Hände. In London ist der Anfang zum neuen Verhältnis zwischen Deutschland und den andern Staaten gemacht worden, ein Verhältnis, das auf gegenseitigem Vertrauen beruht. Die Lösung der Abrüstungs- und Minoritätenfrage ist ohne Deutschlands Mitarbeit und christlichen Willen unmöglich.

Deutschland muß seinen regierenden Platz in der europäischen Gemeinschaft wieder einnehmen.

Ich glaube, daß damit die neue Ära der Verständigung für ganz Europa beginnt und dieser Verständigung gilt meine ganze Arbeit und unser aller bestes Wollen.

Heute nachmittag sprechen Herrsch und Theunis. Morgen vormittag wird Herrriot eine große Rede halten.

(Weiteres über die Genfer Verhandlungen siehe Seite 2.)

Professor Doersch, der als deutschnationaler Sprecher drei Tage vor der Abstimmung noch für die Ablehnung eintrat, wenn das Abtrabel nicht sofort geräumt werde, schließlich aber doch mit Ja stimmte, veröffentlicht in der Kreuzzeitung einen Artikel, der diese Stellungnahme rechtfertigt. Es wird darin ausgeführt, daß das unangenehme Urteil über den Dawes-Plan und die materiellen Ergebnisse der Londoner Konferenz ganz unabhängig von dem Ja bestehen bleiben. Was aber die ganze Aktion grundsätzlich von allen früheren Versuchen und Konferenzen in der Reparationsfrage unterscheidet, das sei die Beteiligung der Vereinigten Staaten. Dieser außerpolitische, dieser weltpolitische Gesichtspunkt habe schließlich seine Entscheidung bestimmt.

Diese Beteiligung Amerikas war jedoch längst bekannt, als die Deutschnationalen den Londoner Fall als Verrat an Deutschland brandmarkten. Klauen, nichts als Klauen, um die deutschnationalen Ränke und Ämner vor der Wählerchaft zu verbeden!

## Der Zollkampf in Oesterreich

Erfolge unserer Parteigenossen

Während in Deutschland der Kampf um die Zölle erst noch in seinem Anfangsstadium steht, nähert sich die Beratungen des deutschösterreichischen Parlaments über die Neugestaltung des Zolltarifs der Entscheidung. Die Front, in die unsere österreichischen Genossen durch den Gang der Verhandlungen gedrängt worden sind, ist im Grunde die gleiche, in der auch die deutsche Sozialdemokratie kämpft. Neben wie drüben sind die Schutzzölle in Industrie und Landwirtschaft sich einig in dem Wunsch, die Arbeitskraft nach bestem Können zu schröpfen. Deutschösterreich ist ein Stumpfsaat mit stark industriellem Einschlag geworden, das zu seiner Ernährung großer Getreideinfuhren bedarf, seine Anbaufläche für Profsucht aber nicht wesentlich ausdehnen kann, weil sein Boden größtenteils von Gebirgen durchzogen ist. Der größte Teil der in den Alpengebieten heimischen Wollern kann seine Wirtschaft nicht auf Getreidebau umstellen. Er hat von den Getreidezöllen nichts als Nachteile, da er ja Getreide selbst kaufen muß und infolgedessen in der gleichen Lage ist wie der deutsche Klein- und Mittelbauer. Aber ein ehrbarer Hochschutzzöllner, der nicht nur für sich, sondern auch für alle seine Nachbarn in der kapitalistischen Produktionen Schadens erleidet, legt sich über derartige Kleinigkeiten nicht hin. Die österreichische Industrie hingegen hat bei der Verfertigung ihrer Güter im Ausland kein Geld zu verlieren, daß die unbillige Zölle sich bei einer verschärften Konkurrenz des Auslandes noch steigern, die Arbeitslosigkeit wachsen könnte. Wegen der Einheitsfront der Schutzzöllner hatten die österreichischen Genossen einen schweren Stand. Wenn es ihnen gleichwohl gelungen ist, für die breiten Massen große Vorteile gegenüber den Fortsetzungen ihrer Gegner herauszukämpfen, so ist das dem großen parlamentarischen Geschick zu verdanken.

Das gilt insbesondere für die Getreidezölle. Die Regierung hatte einen Zoll von 2 Goldkronen verlangt. Die Sozialdemokratie hat in die Debatte ein ganz neuartiges Moment hineingetragen, indem sie den Gedanken geltender Getreidezölle durchsetzte. Der Einheitszoll, wie wir ihn im deutschen Tarif haben und nun wiederbekommen sollen, verteuert das Getreide, ganz gleichgültig, ob der Weltmarktpreis hoch oder niedrig ist, etwa um den Zollbetrag. Oesterreich hätte also trotz den hohen Weltmarktpreisen für Getreide noch eine neue bedeutende Verteuerung des Brotes erfahren. Nun hat die Landwirtschaft kein so großes Interesse an hohen als an gleichmäßigen Getreidepreisen. Der Verbrauch aber hat ein starkes Interesse daran, daß das Getreide nicht mehr verteuert wird, als es diesem Bedürfnis nach gleichmäßigen Getreidepreisen entspricht. Die Lösung ist folgendermaßen: Bei einem bestimmten Preis wird ein bestimmter Zollbetrag angenommen. Steigt der Preis weiter, so ermäßigt sich der Zollbetrag, die Auslandskonkurrenz wird in wachsendem Maße eingeschaltet, die Verteuerung des Getreides im Verhältnis zum Weltmarktpreis wird immer geringer. Fällt dagegen der Getreidepreis, so erhöht sich der Zoll, die Auslandszufuhr wird erschwert, ein Preissturz vermieden.

Dieser geltende Getreidezoll ist gewiß keine ideale Lösung. Eine gewisse und bei niedrigen Weltmarktpreisen sogar recht starke Verteuerung der Profsucht bleibt in jedem Falle! Was aber vermieden wird, das ist die wucherliche Ausbeutung von Millionen der ganzen Welt auf Kosten des inländischen Verbrauches: wird das Getreide allgemein teurer, so vermindert sich die Zollquote, durch die fremde Getreide beim Eintritt ins eigene Land künstlich verteuert wird. Vorläufig ist es jedenfalls unsern Genossen gelungen, den Zoll bei heutigem Preisen mit dieser Klausel auf 0,25 Heller herabzubringen, der nach der Regierungsvorlage 2 Goldkronen betragen sollte!

In gleicher Veranschaulichung der sozialen Lage hat die österreichische Sozialdemokratie um die Herabsetzung weiterer Lebensmittelpreise gekämpft und sie auch bei diesen Waren durchgesetzt. Ebenso gelang es, die Zollsätze auf Industriegüter zu senken. Wenn das ganze Gebilde trotzdem ein elendes Nachwerk ist, für das Industrie und Agrarier allein die Verantwortung tragen, so darf man darüber nicht verärgert sein, daß dieses Nachwerk nach dem Willen seiner Urheber für die breiten Massen noch verderblicher ausgefallen wäre, wenn unsere Genossen nicht auf dem Posten gewesen wären.

In einem andern Punkte aber hat unsere österreichische Bruderpartei eine sozialpolitische Tat von größter Tragweite vollbracht und in die österreichische Zollgesetzgebung hineingearbeitet. Genosse Otto Pauer hat nämlich im Zoll-

## Die Krise der Deutschnationalen

Das Verhalten der Deutschnationalen bei der Abstimmung vom 29. August hat die Bruchstelle der Deutschnationalen Partei rücksichtslos aufgedeckt. Es ist in dieser Partei keine Verbindung für die Agitation und politisches Verantwortungsbewußtsein, zwischen den Methoden der Gewinnung der Kandidatur für die Partei und den Erfordernissen staatsmännlicher Wirksamkeit. Der Umsturz vom 29. August ist prinzipiell nichts Neues und für den rücksichtslosen Verräter auch nichts Ueberraschendes. Das, was die Essenzlichkeit übertrifft, was den Umsturz ausfallend und dramatisch gestaltet, war nur die drastische Form, in der er zum Ausdruck kam. Die Methode des Umsturzes, diese widerwärtige, schäbige, verlogene Methode, kennzeichnete sein Wesen.

Die prinzipielle Genossenschaft der Deutschnationalen zum Umsturz hat trotz ihrer lauten demagogischen Agitation in den letzten Jahren immer bestanden. Sie war vor allem stets vorhanden bei dem deutschnationalen Führer, der bis zu seinem Ende wahrhaft Kopf und Seele der Deutschnationalen war, bei Heilerich. In seiner Persönlichkeit war er die treue Widerspiegelung der inneren Zwiespältigkeit der Deutschnationalen Partei. Er war der schärfste, der verantwortungsvollste Agitator und Demagoge, der die Deutschnationalen besaß. Aber in diesem selben Manne brannte die unzulässige Gier nach Macht, nach politischer Wirksamkeit über die reine Agitation hinaus. Er war es auf den Tag, der ihm die Macht geben sollte — nicht um seine unbedeutende Rolle in die Wirklichkeit einzufügen, sondern um sich mit dem Bestehenden abzufinden. Die Macht, nichts als die Macht war ihm alles, ihm, der ebenfals zur Deutschen Volkspartei, vielmehr auch zu den Demokraten hätte gehören können, wenn ihm diese Parteien Nährerzeugung und Macht eingeräumt hätten. Diese Zweisplitterigkeit in der Persönlichkeit Heilerichs erklärt den Mangel der deutschnationalen Agitation an ihrem Wählerwert. Diese Mängel hand in hand Zusammenhang mit wachsender Spannung und Heberzeugung. Sie war nur Mittel zum Zweck, bewußte und gewollte Demagogie, psychologische Spekulation auf den geistigen Zustand der durch die Erschütterungen von Krieg und Nachkriegszeit in Verwirrung geratenen Massen. An der innerlich unwahrscheinlichen Agitation sollte die Grundlage geschaffen werden, der die Machtübernahme der Deutschnationalen, die nicht der Verwirklichung ihrer agrarischen Forderungen, sondern ganz andern Zwecken, der brutalen, rücksichtslosen Interessenspolitik in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht dienen sollte.

Dieser Umsturz in der deutschnationalen Politik trat zum ersten Male beim Untergang der Regierung Cuno zu Tage. Diese Regierung hatte den Deutschnationalen, vor allem ihrem Führer Heilerich, politische Wirksamkeit und Einfluß auf die Lenkung der deutschen Wirtschaft ermöglicht. Als ihr Sturz unabweisbar war, da wari der deutschnationaler Führer Heilerich alles hin, um diese Machtübernahme zu erreichen. Er wari hin, was er in seiner wüsten Agitation gegen die deutsche Steuererhebung gesagt hatte, er wari hin, was er höherfüllt gegen die Parteien der Erfüllungspolitik vorgetragen hatte. Unbedenklich wollte er preisgeben, was die festeste Stütze seiner Agitation gewesen, ihm und seiner Partei Massen zugewandt hatte. Er stimmte für die Steuererhebung vom August 1923 — so fest klammerte er sich an die Macht, die ihm Lebenszweck und Lebensinhalt war.

Der einzelne mag diese innere Zweisplitterigkeit überwinden. Eine Partei vermag es nur, wenn ihre staatspolitische Wirksamkeit organisch hervortritt aus den Ideen, die sie in der Zeit ihrer agitatorischen Periode vertreten hat. In der Geschichte einer jeden Partei wird einmal der Punkt erreicht, wo in der praktischen Politik die mittlere Linie zwischen Parteiziele und den Tatsachen des politischen Lebens gefunden werden muß. Am Leben jeder aufsteigenden Partei, die als Vertreterin von Zukunftsideen wirkt, bedeutet dieser Punkt Heberzeugung zu wirklich schöpferischer Arbeit. Mag auch das zunächst Erreichte hinter dem in der Agitation vertretenen Ideal zurückbleiben — das Ideal bleibt und behält seinen Wahrheitswert als das Vorbild, dem alles praktische Wirken zustrebt. Die Deutschnationalen Partei aber ist in andrer Situation.

Sie hat die Periode ihrer staatspolitischen Wirksamkeit als die Nachfolgerin der alten konservativen Partei hinter sich. Die Geschichte ist über sie hinweggeschritten. Ihre Ideen, die Ideen von vorgehern, sind überholt. Geblieben ist die Gier nach Macht, die Sehnsucht nach der Rückgewinnung der verlorenen Machtstellung. Ihre Agitation ist deshalb nicht getragen von grundlegenden Parteiziele, sondern von den psychologischen Motiven der politischen Konjunktur. Sie zeitlich eng begrenzt, auf wenige Jahre zu berechnende Konjunktur bestimmte das Wesen ihrer Werbemethode, ihre Kritik des Bestehenden und die Versprechungen und positiven Andeutungen, die sie in die Massen warf. Es bestand keine organische Verbindung zwischen ihren Kampfmitteln und dem Zweck ihres Kampfes. In dieser Situation ist es leicht für den Führer, die Demagogie, der es an innerer Wahrheit mangelt und an der er nicht etwa mit allen Fasern seines Herzens hängt, beiseite zu werfen, um nach dem wirklichen Ziele zu greifen. Die Massen aber, die ihm als Sprungbrett dienten und die er nun verabschiedet beiseite schiebt, empfinden diesen Wechsel als ungeheure Enttäuschung ihres Glaubens, als schamvollen, ungeheuerlichen Verrat. Sie empfinden, daß sie nicht Zweck, sondern Mißbrauch des verachteten Werkzeug waren.

Ein Heilerich wäre über diese Krise hinweggegangen. Die ungeheuer reizvoll wäre es gewesen, zu sehen, wie er den Wechsel vollzogen hätte, wie er aus dem "zweiten Versailles" eine politische Notwendigkeit gemacht hätte — weniger plump, weniger widerwärtig, weniger schäbig vielmehr als die Herrg und Westarb. Wer weiß, wo er gelandet wäre, und ob ihm das Schicksal der Deutschnationalen Partei nicht gleichgültig gewesen wäre, nachdem seine Demagogie und die Deutschnationalen Partei ihren Verfall als Mittel für ihn erfüllt hätten. Aber die Deutschnationalen Partei kann über diese Krise nicht hinwegspringen. Sie steht drohend vor ihr. Was für eine Partei der Zukunft Lebensfortschritt ist, ist für eine Partei der Vergangenheit Untergangsdrohoma. Wenn die verbundene Demagogie fällt, wenn sich enthüllt, daß es eine Lüge und Betrug war, was die Deutschnationalen Partei fünf Jahre hindurch den Massen gesagt hat, was bleibt von ihr übrig? Die Partei der Männer des alten, schundhaften zusammengebrochenen Regimes, die Partei der brutalen, egoistischen Interessenspolitik, die Partei der politischen und sozialen Reaktion. Da sind keine großen verborgenen Ideen, da ist nicht der mitreißende Schwung, da ist kein Boden mehr für die Wirkung auf breitere Volksschichten über die unmittelbaren Interessentkreise hinaus. Und das gilt mehr oder weniger für jede kapitalistische Partei.

Die Deutschnationalen sind sich der Unwahrhaftigkeit ihrer bisherigen Agitationspolitik wohl bewußt. Sie empfinden den Zwiespalt zwischen dem was sie sagten, und dem, was sie wirklich wollen und tun, als Schuld. Die Essenzlichkeit empfinden mit allen Fasern dieses inneren Schuldempfindens, sie weiß unmittelbar, daß dieser Umsturz Zusammenbruch bedeutet, und findet daraus ihr Urteil über die Zukunft der Deutschnationalen.

### Die Rechtfertigungspolonie

Einer der deutschnationalen Journalisten nach dem andern tritt nunmehr an, um seinen Umsturz mit launigen Reden oder Zeitungsartikeln zu rechtfertigen. Dabei kommt es zu wunderbaren Widersprüchen und Demoskierungen. So bekannte Herr Professor Dr. Martin Spahn aus Köln am 29. August im "Volkswissen" die Wahrheit, daß es auf erhebbare Zeit um die nationale Bewegung arischen sei, wenn die Deutschnationalen Partei in Zeiten des Unruhens nachgiebig werde. Die Männer, die als Gegner der Regierung gewählt worden sind, weil dem Volke der Wahrung der Freiheit auf dem schon dem Tode geweihten Schiffe vom zweiten Versailles in den Cheren gelte, sind verpflichtet, die Londoner Abmachung abzusehen, und es dem Volke zu überlassen, ob es seine Haltung ändern will, wenn es von der Regierung noch einmal deshalb befragt wird. Vier Tage später bekannte, der Herr Professor anders. Als deutschnationaler Reichstagsabgeordneter sagte er Ja, lehnte die von ihm selbst aufgestellte Verpflichtung ab und hat dem "zweiten Versailles" durch die weiße Stimmkarte zur Verwirklichung alles in verloren — außer dem Reichstagsmandat